

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

07. September 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Lage ist unverändert. Erneut kam es zu gezielten Übergriffen auf Vertreter der Regierung sowie zu Kämpfen zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften. Hinzu kamen in der vergangenen Woche verstärkt gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen.

Interne Auseinandersetzungen der Taliban

In der südlichen Provinz Zabul wurden am 31.08.15 mehrere Menschen bei Kämpfen zwischen zwei rivalisierenden Taliban-Fraktionen getötet. In der südöstlichen Provinz Ghazni gab es am 01.09.15 ebenfalls Kämpfe zwischen Taliban und einer aufständischen Gruppe. In Kunduz (Nordosten) tötete ein Taliban-Kämpfer 14 seiner Kameraden. Weitere bewaffnete interne Auseinandersetzungen gab es am 02.09.15 in Jawzjan und Faryab (Norden), wobei auch mehrere Zivilisten getötet wurden. Im Distrikt Khan Afghan der Provinz Zabul (Süden) soll eine große Anzahl von Kämpfern des neuen Taliban-Chefs Mullah Akhtar Mansour die Stellungen des Taliban-Führers Mullah Mansour Dadullah belagern, da dieser dem neuen Taliban-Oberhaupt die Gefolgschaft verweigere.

Binnenvertriebene und Kampfhandlungen

In der nordöstlichen Provinz Kunduz werden 2.000 neue Binnenflüchtlinge gemeldet, die ihre Heimatorte aus Furcht vor militärischen Auseinandersetzungen verlassen haben. Dort starben bei Kämpfen am 02.09.15 zwölf Taliban und ein Zivilist. Auch in der südöstlichen Provinz Ghazni flohen Dutzende Familien vor den Kämpfen im Distrikt Qarabagh.

In Faryab (Norden) eroberten die Taliban am 01.09.15 mehrere Orte und brachten militärische Ausrüstung in ihre Hände. Militäroperationen im Distrikt Ahmadabad der Provinz Paktia (Südosten) führten am 02.09.15 zum Tod von mindestens 32 Taliban-Kämpfern. Bei einem Angriff der Taliban auf einen Checkpoint der Polizei in Helmand (Süden) wurden am 03.09.15 sieben Polizisten getötet.

Gezielte Angriffe

Am 01.09.15 wurde der Militär-Generalstaatsanwalt der Provinz Baghlan (Nordosten) erschossen, vermutlich von Taliban. In der südöstlichen Provinz Ghazni starben am 01.09.15 sechs Zivilisten bei der Explosion eines an der Straße versteckten Sprengsatzes. Die Urheberschaft des Anschlags ist unklar, i.d.R. verwenden aber die Taliban sog. IED (Improvised Explosive Device) gegen Fahrzeuge der Sicherheitskräfte und verursachen dabei häufig Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Am 04.09.15 töteten im Distrikt Sari in der nördlichen Provinz Balkh Unbekannte 13 Insassen von zwei Fahrzeugen. Die Angreifer hielten die Fahrzeuge an und erschossen alle männlichen Passagiere. Bei den Opfern handelt es sich um Angehörige der schiitischen Minderheit der Hazara. Die Taliban bestritten, für die Tat verantwortlich zu sein.

Übergriffe auf Frauen

In der nordöstlichen Provinz Baghlan zwangen die Taliban eine verlobte und eine bereits verheiratete Frau zur Heirat mit Taliban-Kommandeuren. Zwei weitere Frauen wurden ermordet.

Irak

Opferzahlen

Im August 2015 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.535 Zivilpersonen getötet.

Nach der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) gab es 585 zivile Todesopfer und 1.103 Verletzte (einschließlich der Opferzahlen in der Provinz Anbar) im August 2015. Weiterhin wurden 740 Mitglieder der irakischen Armee, Peshmerga-Kämpfer und andere Verbündete (ohne Opferzahlen der Anbar-Operationen) getötet und 708 verletzt.

Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad mit 1.069 zivilen Opfern (318 Tote, 751 Verletzte). In der Provinz Diyala gab es 108 Tote und 162 Verletzte, in der Provinz Ninive 69 Tote und 3 Verletzte, in der Provinz Salahaddin 23 Tote und 13 Verletzte und in der Provinz Kirkuk 17 Tote und 15 Verletzte. In der Provinz Anbar gab es 187 zivile Opfer (39 Tote und 148 Verletzte). UNAMI weist darauf hin, dass es sich um Mindestangaben handelt, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Anschläge

Am 03.09.15 wurden bei einer Serie von Bombenanschlägen auf Märkte und Wohngebiete in Bagdad mindestens neun Menschen getötet, weitere 25 seien verletzt worden. Bei der Detonation einer Bombe in Tarmiya, rund 25 km nördlich von Bagdad, starben drei Menschen, acht wurden verletzt.

Stammesführer in Mosul durch IS hingerichtet

Der IS hat am 03.09.15 zwei arabische Stammesführer in Mosul durch Erschießen hingerichtet. Beide wurden vor einiger Zeit vom IS verschleppt.

Rückeroberung von Gebieten in Irak durch IS

Angaben des US-Verteidigungsministeriums zufolge hat der IS in der Nähe der Stadt Baiji (Provinz Salahaddin) verlorene Gebiete zurückerobert.

Türkische Arbeiter entführt

In der Nacht zum 02.09.15 wurden in Bagdad 18 türkische Arbeiter, die auf der Baustelle eines Fußballstadions gearbeitet hatten, entführt. Die Hintergründe der Tat sind bislang noch unklar.

Syrien

Beteiligung von Großbritannien und Frankreich am US-Militäreinsatz?

Beide Staaten erwägen eine Beteiligung am US-Militäreinsatz in Syrien. Der britische Premier Cameron will nach Angaben der Sunday Times Anfang Oktober 2015 das Parlament bitten, Luftangriffe auf den IS zu billigen. Frankreich und Australien schlossen sich der von den USA angeführten Allianz an, lehnten jedoch Angriffe auf Syrien bisher ab. In Frankreich soll sich, nach Informationen von Le Monde, Präsident Hollande mit seinem Verteidigungsstab über einen Politikwechsel beraten haben. Hintergrund sollen die syrischen Flüchtlinge, ausbleibende Erfolge bei der Bekämpfung des IS sowie die zunehmende Präsenz Russlands in der Region sein.

USA riet Russland vor Ausweitung der Militärunterstützung für Assad ab

US-Außenminister John Kerry äußerte sich am 05.09.15 in einem Telefonat mit seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow besorgt über Berichte, nach denen Russland plane, seine militärische Unterstützung für das syrische Regime stark auszuweiten. Er befürchte eine weitere Eskalation des Konflikts in Syrien. Der New York Times zufolge entsandte Russland ein Vorkommando nach Syrien. Außerdem sollen Wohneinheiten und eine Kontrollstation zu einem syrischen Flugplatz nahe der Stadt Lattakia gebracht worden sein. USA und Russland wollen ihr Gespräch Ende des Monats September am Rande der UNO-Vollversammlung in New York fortsetzen.

IS lässt Geiseln frei

Am 04.09.15 ließ der IS 15 christliche Geiseln nach Zahlung von Jizya (einer Steuer für Nichtmuslime) frei, die wochenlang im Dorf al-Karjatain in der Provinz Homs festgehalten worden waren. Anfang August hatte

der IS al-Karjatain erobert und mindestens 230 Einwohner verschleppt, darunter zahlreiche Christen. Der Priester Jacques Mourad, der aus dem Kloster Mar Eliau entführt worden war, wurde noch nicht freigelassen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur des Vatikan, Fides, vom 04.09.15 wird noch verhandelt über die Freilassung von Mourad und anderer christlicher Geiseln, denen es gesundheitlich gut gehen soll.

Türkei

Kämpfe mit der PKK

Am 06.09.15 wurden nach Medienberichten bei einem Anschlag der PKK in der südosttürkischen Provinz Hakkari mindestens zehn Soldaten getötet und zahlreiche verletzt, als zwei Armeefahrzeuge in Daglica in eine Sprengfalle gerieten. Anschließend soll es zu heftigen Gefechten zwischen Soldaten und PKK-Kämpfern gekommen sein, wobei auch PKK-Kämpfer ums Leben gekommen sein sollen. Die Armee soll zudem einen großangelegten Einsatz gegen die PKK unter Einsatz von Kampfflugzeugen in der Region gestartet haben. Zuletzt hatten türkische Soldaten in der Nacht zum 06.09.15 die Stadt Cizre, nahe der Grenze zu Syrien, gestürmt, wobei nach Angaben von Bewohnern mehrere Zivilisten getötet worden seien. Bereits am 04.09.15 war in der überwiegend von Kurden bewohnten 100.000-Einwohner-Stadt, eine Ausgangssperre verhängt worden, nachdem die PKK ihre Angriffe auf Sicherheitskräfte verstärkt hatte. Auch in Diyarbakir kamen am 06.09.15 zwei Polizisten bei einem mutmaßlichen PKK-Angriff ums Leben. Am 03.09.15 wurden in der Provinz Mardin vier Polizisten bei einem Sprengstoffanschlag mutmaßlicher PKK-Kämpfer getötet.

Iran

Durchsetzung der Bekleidungsordnung

Autos, in denen nach Ansicht der Sicherheitskräfte nachlässig oder gänzlich unverschleierte Frauen sitzen, werden neuerdings in Teheran beschlagnahmt, erklärte der Chef der Verkehrspolizei. Um ihren Wagen zurückzuerhalten, brauchen die Besitzer bzw. Eigentümer eine gerichtliche Anordnung. Seit der islamischen Revolution im Jahre 1979 müssen alle Frauen, einschließlich Ausländerinnen, ein Kopftuch oder einen Tschador tragen.

Exekution eines kurdischen Aktivisten

Nach Meldungen von ai sei der kurdische Aktivist Behrouz Alkhani (30) am 28.08.15 hingerichtet worden. Alkhani sei exekutiert worden, obwohl noch das Berufungsurteil des Obersten Gerichts ausstand. Die Behörden hätten sich überdies geweigert, die Leiche seinen Familienangehörigen zu übergeben. Alkhanis Familie bestätigte seine Aktivitäten für die PJAK, bestritt aber, dass er einen Mord begangen habe. Amnesty kritisierte das Verfahren. Die Hinrichtung Alkhanis sei ein weiterer Beweis der Entschlossenheit der Behörden, die unbarmherzige Welle von Hinrichtungen fortzusetzen, denen allein dieses Jahr bereits 700 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Jemen

Dutzende Tote bei Sprengstoffanschlägen auf eine Moschee

Bei zwei Selbstmordanschlägen auf eine Moschee sind in der Hauptstadt Sanaa am 02.09.15 nach Angaben von Rettungskräften mindestens 28 Menschen getötet worden. Ärzte teilten mit, dass etwa 75 Menschen verletzt worden seien. Augenzeugen zufolge sprengte sich ein Attentäter mit einem Sprengstoffgürtel in die Luft. Zu den Anschlägen bekannte sich die jihadistische Terrormiliz IS. In der jüngeren Vergangenheit hatten IS-Terroristen im Jemen bereits mehrfach Anschläge verübt.

Palästinensische Autonomiegebiete/Gaza

UNCTAD-Bericht warnt vor Unbewohnbarkeit des Gazastreifens

Nach Einschätzung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD) droht der von Israel mit Krieg und Blockade überzogene Gazastreifen bis 2020 „unbewohnbar“ zu werden. Die drei israelischen Militäroffensiven seit dem Jahreswechsel 2008/09 hätten in dem Palästinensergebiet wirtschaftliche Verluste in fast dreifacher Höhe des Wirtschaftsvolumen im Gazastreifen verursacht, schreibt die UN-Organisation in ihrem am 01.09.15 veröffentlichten Jahresbericht. Schon vor dem israelischen Angriff 2014, der die Infrastruktur weiter zerstörte, wurde der Strombedarf im Gazastreifen nur zu 40 % gedeckt. Die Arbeitslosenrate stieg im vergangenen Jahr auf die bisherige Höchstmarke von 44%, bei jungen Frauen lag sie sogar über 80%. 72% aller Haushalte im Gazastreifen kämpfen mit Nahrungsmittelunsicherheit. Die Zahl der auf UN-Nahrungsmittelhilfe angewiesenen palästinensischen Flüchtlinge in den UNRWA-Lagern (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) stieg nach dem Bericht von 72.000 Personen im Jahr 2000 auf 868.000 im Mai 2015.

Israel

Israel will Sperranlage zu Jordanien bauen

Regierungschef Benjamin Netanjahu hat am 06.09.15 den Baubeginn für Sperranlagen an der Grenze zu Jordanien verkündet. Damit soll verhindert werden, dass Israel von einer Welle illegaler Migranten und von Terrorismus überschwemmt werde. Das erste Teilstück verlaufe entlang der Ostgrenze zu Jordanien vom Badeort Eilat zum neu geplanten Flughafen bei Timna. Es handelt sich um die vierte Sperranlage, mit der Israel sich umgibt. Derartige Grenzanlagen gibt es bereits zu Ägypten, auf den annektierten Golan-Höhen gegenüber Syrien und zum Westjordanland, wo Mauern und Zäune oftmals tief in das besetzte Palästinensergebiet hineinreichen.

Somalia

Angriff auf AMISOM-Stützpunkt

Bei einem Angriff der al-Shabaab am 01.09.15 auf einen Stützpunkt der AMISOM im Distrikt Janale (ca. 80 km südwestlich von Mogadischu, Region Lower Shabelle) wurden je nach Quelle zwischen 12 und fünfzig ugandische AMISOM-Soldaten getötet. Al-Shabaab bezeichnete den Überfall als Vergeltung für einen Angriff der AMISOM auf eine Hochzeit, bei der im Juli 2015 in der Stadt Merka mehrere Gäste getötet worden waren. Beobachter sehen den Angriff in Janale im Zusammenhang mit dem Überfall auf einen anderen AMISOM-Stützpunkt im Juni 2015, bei dem Dutzende burundische Soldaten getötet worden waren. Al-Shabaab wolle mit derartigen Aktionen ihre weiterhin ungebrochene Kampfkraft unter Beweis stellen und die Somalier davon überzeugen, dass AMISOM nicht einmal sich selbst schützen könne, geschweige denn die Bevölkerung.

Mali

Tuareg-Konflikt flammt wieder auf

Nach Zusammenstößen zwischen der Tuareg-Selbstverteidigungsgruppe Imghad, Verbündeten (Gatia) und der Koordinierung der Azawad-Bewegungen (CMA) an drei Orten in der Region Kidal, rief die UN-Mission MINUSMA bereits am 18.08.15 die Einrichtung einer Sicherheitszone im Umkreis von 20 km um Kidal aus.

Angriff auf UN-Mission

Am 01.09.15 wurde auf der Route zwischen Gao und Ansongo ein UN-Konvoi der MINUSMA mit Raketen beschossen. Dabei wurde eine Person verletzt. Zudem wurden zwei malische Soldaten in Timbuktu an der Ausfahrtsstraße nach Taoudenit von Unbekannten erschossen.

Tschad

Todesstrafe für Boko-Haram-Mitglieder

Am 28.08.15 wurden zehn mutmaßliche Mitglieder der Terrorgruppe Boko Haram zum Tode verurteilt und am darauffolgenden Tag hingerichtet. Laut dem Gerichtsbeschluss, der der Nachrichtenagentur AFP vorlag, wurde ihnen unter anderem die Bildung einer kriminellen Vereinigung, der Einsatz von Sprengstoff sowie illegaler Waffen- und Drogenbesitz zur Last gelegt. In dem Prozess, der an einem geheimgehaltenen Ort stattfand, ging es um die Selbstmordanschläge vom 15.06.15, bei denen in der Hauptstadt N'Djamena 38 Menschen getötet und 101 weitere verletzt worden waren.

Bereits am 22./23.08.15 trafen sich in N'Djamena Militärkommandeure aus Benin, Kamerun, Niger, Nigeria und Tschad zur Finalisierung der Pläne über die Aufstellung der geplanten gemeinsamen internationalen Eingreiftruppe (MJTF) gegen Boko Haram. Demnach wird das Hauptquartier der 8.700 Soldaten umfassenden Truppe in der tschadischen Hauptstadt sein.

Kamerun

Bombenanschläge fordern Todesopfer

Bei zwei Bombenanschlägen auf ein Militärlager sowie einen Markt in der Stadt Kerawa (Region Hoher Norden) wurden am 03.09.15 mindestens 19 Menschen getötet und Dutzende verletzt. Ersten Berichten zufolge sollen die Anschläge, die Boko Haram zugeschrieben werden, von Selbstmordattentäterinnen verübt worden sein. Im Februar 2015 war die Stadt Schauplatz von Kämpfen zwischen der Terrororganisation und der kamerunischen Armee.

DR Kongo

Rebellenführer vor dem IStGH

Am 02.09.15 begann vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) der Prozess gegen den ehemaligen Rebellenführer Bosco Ntaganda. Ihm werden in 18 Anklagepunkten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen, darunter die Rekrutierung von Kindersoldaten, Mord sowie Vergewaltigung und sexuelle Sklaverei im Ituri Distrikt der DR Kongo in den Jahren 2002 und 2003. Zwischen 2002 und 2005 war Ntaganda Leiter militärischer Aktivitäten der Union des patriotes congolais (UPC). 2012 verurteilte der IStGH den UPC-Führer Thomas Lubanga wegen der Rekrutierung von Kindersoldaten zu 14 Jahren Haft.

Nigeria

Militär vertreibt Boko Haram aus Grenzstadt Gamboru

Das Militär eroberte am 01.09.15 die wirtschaftlich und strategisch bedeutsame Stadt Gamboru von Boko Haram zurück. Die Terrororganisation hatte die im Bundesstaat Borno an der Grenze zu Kamerun gelegene Stadt im Mai 2014 besetzt.

Zahlreiche Tote bei Angriffen auf Dörfer

Unbekannte überfielen am 31.08.15 die Dörfer Kolori und Ba'ana Imam im Bundesstaat Borno und töteten mindestens 24 Menschen. Mindestens fünf weitere starben bei einem Angriff auf das Dorf Mainari im Bundesstaat Borno am 02.09.15. Für die Vorfälle wird Boko Haram verantwortlich gemacht.

Mehr als 2,1 Millionen Binnenflüchtlinge

Wie die International Organization for Migration (IOM) am 04.09.15 mitteilte, führte der Konflikt mit Boko Haram bislang zu mehr als 2,1 Millionen Binnenflüchtlingen in den Bundesstaaten Adamawa, Bauchi, Borno, Gombe, Taraba, Yobe und Nassarawa sowie im Bundesterritorium Abuja. Allein in Borno leben mehr als 1,6 Millionen Binnenvertriebene.

EJR Mazedonien

Tausende Flüchtlinge auf der Balkanroute – immer mehr Frauen und Kinder

Nach offiziellen Angaben reisten allein in den letzten drei Monaten über 50.000 registrierte Flüchtlinge durch Mazedonien. Die tatsächliche Zahl wird auf über 70.000 geschätzt. Die Vereinten Nationen rechnen in den nächsten Monaten mit bis zu 3.000 Flüchtlingen pro Tag. Mit 5.600 Menschen hat am 03.09.15 eine Rekordzahl an Flüchtlingen die Grenze von Griechenland nach Mazedonien überquert. Die Zahl sei etwa doppelt so hoch wie üblich, erklärte der UNHCR. Es sei schwierig vorauszusagen, wie sich die Situation in den kommenden Wochen entwickle.

Auf der Balkan-Fluchtroute versuchen nach UN-Angaben auch immer mehr Frauen und Kinder in nördliche EU-Länder zu gelangen. Davon seien rund ein Drittel Frauen und Kinder. Zudem seien etwa 12 % der Frauen schwanger. Nach einem gescheiterten Versuch, den Flüchtlingsstrom am Grenzübergang zu Griechenland mit Gewalt aufzuhalten, lässt Mazedonien Flüchtlinge ungehindert passieren. Es werden Sonderbusse und -züge für einen geordneten Weitertransport nach Serbien zur Verfügung gestellt. Ein Fahrschein kostet pro Person 10,- Euro. An der Grenze zu Griechenland gibt es inzwischen ein Empfangszentrum für die Registrierung und ein Auffanglager ist im Entstehen. Die Versorgung der Flüchtlinge mit Wasser und Nahrung hat sich deutlich verbessert.

Serbien

Serbien will Übergangs-Unterkünfte für Flüchtlinge errichten

Wie Mazedonien ist Serbien reines Transitland. Ankommende aus Mazedonien werden vom UNHCR per Bus zur Registrierung in die Kleinstadt Presevo gebracht. Von dort fahren Busse kostenlos nach Belgrad. Seit Monaten übernachten täglich etwa 600 Menschen in Parks nahe dem Autobusbahnhof und warten auf eine Chance zur Weiterreise an die ungarische Grenze. Behörden und Bevölkerung verhalten sich freundlich und bringen Essen, Kleidung und Windeln. Der serbische Premier Vucic erklärte, dass Serbien zu seiner humanitären und europäischen Verantwortung stehe und auch bereit sei, eine bestimmte Anzahl Flüchtlinge aufzunehmen. Das Innenministerium hat mehrfach geplante Versammlungen rechtsradikaler Gruppen verboten, auf denen gegen Flüchtlinge gehetzt werden sollte. Angesichts des Winters hat Serbien den Bau zweier Übergangs-Unterkünfte in Belgrad und in Subotica nahe der ungarischen Grenze angekündigt. Vucic trifft heute in Berlin mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel zusammen.

Ukraine

Neuer Waffenstillstand hält

Der seit 01.09.15 neu vereinbarte Waffenstillstand, den die Mitglieder der Konfliktparteien am 26.08.15 bei einem Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe in Minsk vereinbart haben, hat bisher gehalten.

Am 31.08.15 sind bei einer Explosion vor dem Parlament in Kiew drei Soldaten der Nationalgarde getötet und mehr als 90 verletzt worden. Unbekannte haben bei Protesten gegen die Verfassungsreform für die Ostukraine eine Handgranate geworfen und geschossen. Mehr als 3.000 Menschen haben dagegen protestiert, dass den Regional- und Kommunalverwaltungen in den von Separatisten kontrollierten Gebieten im Osten des Landes durch eine Verfassungsreform Sondergesetze zugestanden werden.

Aserbaidshen

Investigativjournalistin

Die Investigativjournalistin Khadija Ismayilova wurde am 01.09.15 zu siebeneinhalb Jahren Haft und zu einer Geldstrafe von 300 USD verurteilt. Außerdem wurde ihr für drei Jahre jede öffentliche Arbeit verboten. Ismayilova wurde Unterschlagung, Steuerhinterziehung und Machtmissbrauch vorgeworfen. Ihr Anwalt hat angekündigt in Berufung gehen zu wollen. Khadija Ismayilova wurde im Dezember 2014 verhaftet. Sie hatte bis dahin als freie Journalistin für das Büro des Senders Radio Free Europe/Radio Liberty gearbeitet, das sie von 2008 bis 2010 leitete. Sie berichtete und recherchierte über Korruption und Vetternwirtschaft in Regierungskreisen und der Familie des Präsidenten.

Menschenrechtsaktivisten zu langen Haftstrafen verurteilt.

Die mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete Menschenrechtsaktivistin Leyla Yunus und ihr Ehemann wurden bereits im August zu achteinhalb, bzw. sieben Jahren Haft verurteilt. Ihnen wurde Betrug vorgeworfen. Leyla Yunus hat vor ihrer Verhaftung an einer Liste politischer Gefangener gearbeitet und sich für Versöhnungsgespräche mit Armenien bezüglich der Konfliktregion Berg-Karabach ausgesprochen.

Derzeit sollen in Aserbaidschan acht Journalisten und vier Blogger in Haft sitzen. Seit Sommer 2014 wurden mehrere unabhängige Journalisten und Menschenrechtsaktivisten festgenommen. Aserbaidschan besetzt auf der Rangliste der Pressefreiheit Platz 160 von 180 Ländern.

In Aserbaidschan sollen mehr als 100 Personen aus politischen Gründen inhaftiert sein.

Thailand

Bombenleger gefasst

Am 02.09.15 erließ die thailändische Polizei einen Haftbefehl gegen einen türkischen Staatsangehörigen, der mutmaßlich verantwortlich für den Bombenanschlag vom 17.08.15 sein soll, bei dem 20 Menschen starben. Die Hintergründe der Tat sind noch immer unklar.

Verfassungsentwurf abgelehnt

Am 06.09.15 lehnte der Reformrat den Entwurf für eine neue thailändische Verfassung ab. Insbesondere Art. 260, der die Einrichtung eines Reform- und Versöhnungskomitees vorsah, soll der Hauptgrund für das Scheitern einer neuen Verfassung gewesen sein. Das aus 22 Mitgliedern bestehende Komitee hätte in Krisenzeiten die Macht übernehmen können.